An das
Amt der Stmk. Landesregierung
Abteilung 6 Bildung und Gesellschaft
Referat Pflichtschulen
Stempfergasse 4
8010 Graz

Wirtschaftskammer Steiermark
Körblergasse 111 - 113 | 8021 Graz
T 0316 601-680, 683 | F 0316 601-717
E praesidium@wkstmk.at
W http://wko.at/stmk/

Graz, am 22. April 2013
iws/absenger

GZ: ABT06-03.00-478/2013-1
Stellungnahme WKO Steiermark – Novelle des Steiermärkischen Landeslehrer-Dienstrechts-Ausführungsgesetzes 2013; Verordnung zum Steiermärkischen Landeslehrer-Dienstrechts-Ausführungsgesetz 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

die WKO Steiermark dankt für die Übermittlung der gegenständlichen Novelle des Steiermärkischen Landeslehrer-Dienstrechts-Ausführungsgesetzes 2013 (StLDAG 2013) sowie der Verordnung zum Steiermärkischen Landeslehrer-Dienstrechts-Ausführungsgesetz 2013 (StLDAG-VO 2013) und nimmt wie folgt Stellung:

Die WKO Steiermark unterstützt grundsätzlich die Intentionen mit den vorliegenden Entwürfen eine Objektivierung bei den LeiterInnenbestellungsverfahren an allgemein bildenden und berufsbildenden Pflichtschulen in der Steiermark voranzutreiben. Die Leitung von Schulen muss in die Hände von hoch qualifizierten ExpertInnen mit Managerqualitäten gelegt werden. Die punktemäßige Abstufung der BewerberInnen wird daher von uns begrüßt und trägt dem Ziel von mehr Transparenz und Objektivierung Rechnung. Ob damit aber alle Vorwürfe der politischen Postenbesetzung gänzlich ausgeräumt werden können, bleibt zu hinterfragen. Der Hinweis in den Erläuterungen wonach die Kollegien der Bezirksschulräte sowie das Kollegium des Landesschulrates nach dem Ergebnis der Landtagswahl beschickt werden, müsste dahingehend erweitert werden, dass auch die Landesregierung ein „politisches“ Organ ist.

Hinsichtlich der Kostenfolgen der neuen Regelung wird in den Erläuterungen darauf hingewiesen, dass durch die weitgehende Verlagerung der Agenden im Rahmen des LeiterInnenbestellungsverfahrens von den Bundesschulbehörden in das Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 6, ein zusätzlicher Personalbedarf erforderlich wird. In diesem Zusammenhang dürfen wir klar zum Ausdruck bringen, dass wir den Aufbau von Doppelgleisigkeiten strikt ablehnen. Wir setzen uns dafür ein, dass im Rahmen einer Schulverwaltungsreform auf effektives Schulmanagement Wert gelegt wird. Wir treten daher dafür ein, klare Strukturen zu schaffen. Konkret soll eine einzige Dienstbehörde für Lehrer mit einheitlichem Dienst- und Besoldungsrecht zuständig sein.

Generell möchten wir noch anmerken, dass im Rahmen einer Schulverwaltungsreform viele Aufgaben und ein großer Teil der Verantwortung auf Ebene der einzelnen Schule gebündelt werden sollte (siehe dazu auch Positionspapier der WKÖ). Die finanzielle und personelle Selbstverwaltung der Schulen muss einer der Schwerpunkte einer Reform der Schulorganisation sein. Die SchulleiterInnen müssen über entsprechende Kompetenzen in Personalauswahl und der Personalführung verfügen - nur so kann eine echte Schulautonomie durchgesetzt werden.

Die WKO Steiermark ersucht um Berücksichtigung der vorgebrachten Positionen.

Freundliche Grüße

Ing. Josef Herk
Präsident

Mag. Thomas Spann
Direktor

Anlage:

- Starke Bildung. Starker Standort. Bildung in Österreich | Positionen und Forderungen (Wirtschaftskammer Österreich)

WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

STARKE BILDUNG. STARKER STANDORT.

Bildung in Österreich | Positionen und Forderungen

Abteilung für Bildungspolitik

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Bildungspolitik, Dr. Michael Landertshammer
Wiedner Hauptstraße 63, A-1045 Wien
wko.at/bildung, bp@wko.at

Gestaltung
design:ag, Alice Gutlederer, www.designag.at

Druck
Ing. H. Gradwohl GmbH, A-3390 Melk
Juni 2010

Wenn im folgenden Text männliche Schreibweisen verwendet werden, so ist bei Entsprechung auch die weibliche Form inkludiert. Auf eine durchgehende geschlechtsneutrale Schreibweise wird zu Gunsten der Lesbarkeit des Textes verzichtet.

INHALTSVERZEICHNIS 3
VORWORT 4

EXECUTIVE SUMMARY 5
Vorschulischer Bereich: Kindern Flügel verleihen
Die besten Schulen der Welt: Strukturen verändern
Lehre: Übung macht den (Welt)Meister
Hochschulen: Am Puls der Zeit
Weiterbildung: Am Ball bleiben
Lebenslanges Lernen

BILDUNGSPOLITISCHE LEITLINIEN DER WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH 13

VORSCHULISCHER BEREICH: KINDERN FLÜGEL VERLEIHEN 17
Die Herausforderungen
Unsere Positionen
Unsere Forderungen

DIE BESTEN SCHULEN DER WELT: STRUKTUREN VERÄNDERN 21
Die Herausforderungen
Unsere Positionen
Unsere Forderungen

LEHRE: ÜBUNG MACHT DEN (WELT)MEISTER 27
Die Herausforderungen
Unsere Positionen
Unsere Forderungen

HOCHSCHULEN: AM PULS DER ZEIT 33
Die Herausforderungen
Unsere Positionen
Unsere Forderungen

WEITERBILDUNG. AM BALL BLEIBEN. 39
Die Herausforderungen
Unsere Positionen
Unsere Forderungen

STICHWORTVERZEICHNIS 43
IHRE ANSPRECHPARTNER IN DEN BUNDESLÄNDERN 44

LIEBE LESERIN!
LIEBER LESER!

Mit dieser Broschüre erhalten Sie einen Überblick über die Forderungen der WKÖ an die österreichische Bildungspolitik. Für die Teilbereiche des Bildungssystems stehen laufend aktualisierte Detailkonzepte für Sie als Service bereit.

In der wirtschaftspolitischen Agenda 2010-2015 der WKÖ werden im Kapitel Bildung folgende Ziele definiert , die sich in diesem Positionspapier detaillierter wiederfinden:

- Strategie des Lebenslangen Lernens umsetzen
- Schulwesen reformieren
- Verbindliche Bildungsziele schaffen
- Duale Ausbildung stärken
- Arbeitsmarktrelevante Hochschulbildung sichern
- berufliche Weiterbildung stärken und ausbauen.

Die Bildungspolitik ist ein Bereich, in dem ein Reformstau weitreichende und nachhaltige Konsequenzen hat. Hier braucht es Tatkraft und klare Worte für eine Weiterentwicklung unserer Bildungslandschaft im Interesse unserer Gesellschaft:

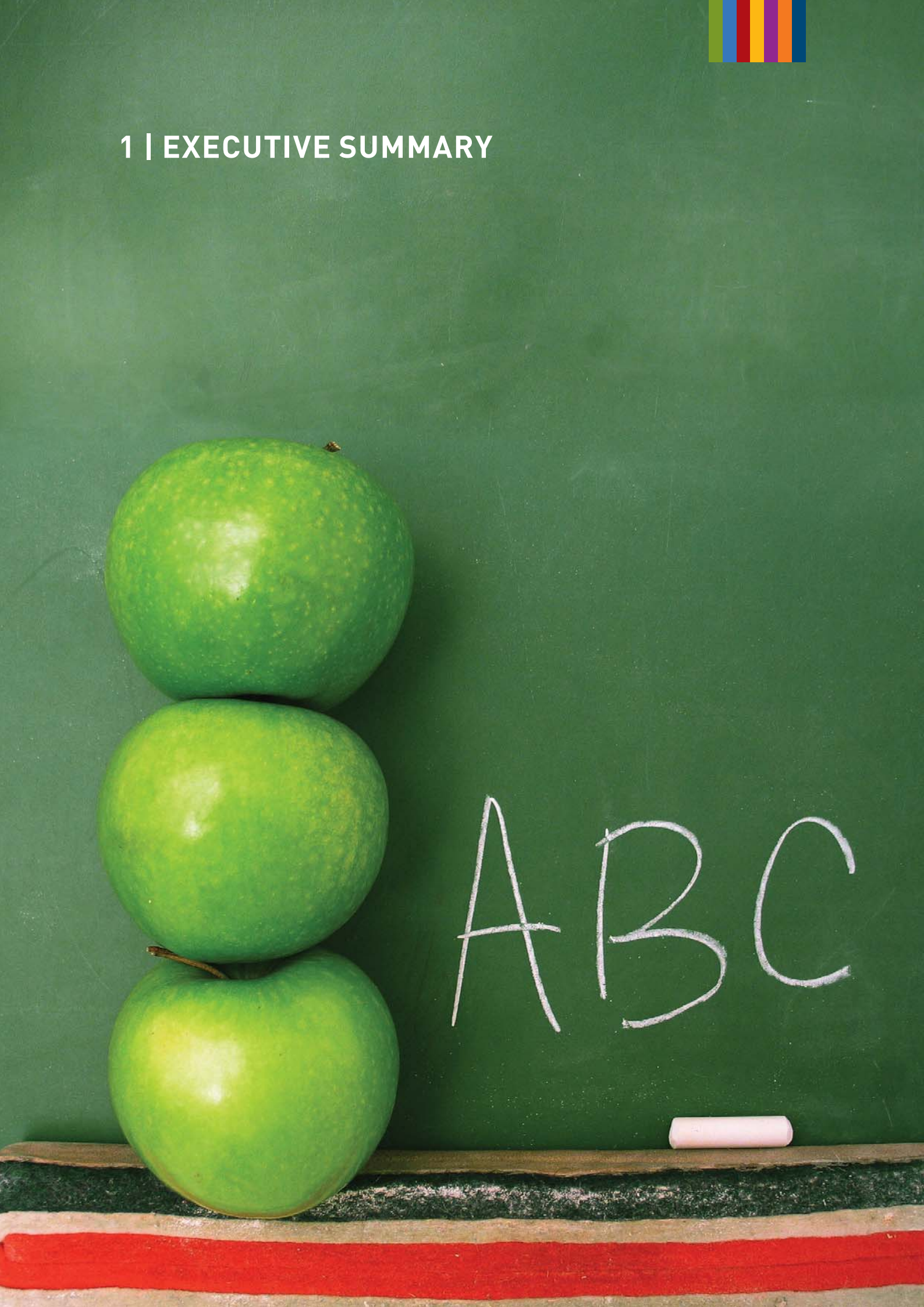
- Wir wollen die Freude an Leistung als Grundstein schon im Kindergarten gelegt wissen.
- Wir wollen die Schulen, die vor besonderen Herausforderungen stehen, ermutigen Bildungsstandards und professionelles Management umzusetzen.
- Wir wollen noch mehr selbstbewusste, neugierige und zielorientierte Persönlichkeiten in die Berufswelt bringen.
- Wir wollen der Ausbildung der wissenschaftlichen Elite an unseren Universitäten neue Impulse geben und das exzellente österreichische Fachhochschulwesen weiter vorantreiben.
- Wir wollen ein Bildungskonto für alle, damit ein Weiterlernen immer möglich ist.

Sorgen wir gemeinsam für optimale Bedingungen für BILDUNG – unseren Rohstoff Nummer eins!

Dr. Christoph Leitl
Präsident

Mag. Anna Maria Hochhauser
Generalsekretärin

1 | EXECUTIVE SUMMARY



VORSCHULISCHER BEREICH: KINDERN FLÜGEL VERLEIHEN

Das Fundament für die Entwicklung der Persönlichkeit und den späteren Erfolg in Schule und Beruf wird schon im vorschulischen Bereich gelegt. Damit wir diese Potenziale optimal fördern können, ist Folgendes zu tun:

KLARE BILDUNGSZIELE SETZEN

Frühkindliche Bildung soll helfen, bestimmte Niveaus in Sprache, Sozialkompetenz oder auch im Umgang mit Zahlen zu erreichen.

FLÄCHENDECKENDE BETREUUNG ANBIETEN

Eine qualitätsvolle ganztägige Kinderbetreuung muss in ganz Österreich möglich sein und zwar auch während der Ferienzeiten.

SPRACHFÖRDERUNG AUSBAUEN

Gezielte Sprachförderung von Kindern mit mangelnden Sprachkenntnissen ist unerlässlich.

FLEXIBLERE ÜBERGÄNGE SCHAFFEN

Jedes Kind soll dann in die Volksschule kommen, wenn es tatsächlich reif für die Schule ist.

DIE BESTEN SCHULEN DER WELT: STRUKTUREN VERÄNDERN

Wir wollen die besten Schulen der Welt, die sich mit Fähigkeiten und Begabungen der Kinder individuell auseinandersetzen und sie mit Kompetenzen ausstatten. Das österreichische Schulsystem ist noch nicht in der Lage diesen Anspruch zu erfüllen. Wir wollen Stärken (etwa duale Berufsausbildung, HTLs,...) fördern und offensichtliche Schwachpunkte (mittelmäßige Schülerleistungen bei überdurchschnittlichen Kosten) neu gestalten.

DIE INDIVIDUALISIERUNGS-OFFENSIVE STARTEN

Die besten Schulen der Welt haben die Lernenden im Fokus und bieten Förderprogramme für Basis-Kenntnisse, aber auch attraktive Angebote für besonders Begabte, die großteils selbstgesteuert Neues entdecken möchten.

INHALTLICHES GESAMTKONZEPT ERARBEITEN

Unser Bildungssystem braucht ein inhaltliches Gesamtkonzept inklusive entsprechender Bildungsstandards mit klar definierten Mindestlevels in den einzelnen Fächern. Dabei sollen Wirtschaftswissen und Fremdsprachen mehr Gewicht erlangen.

FÜR MATHEMATIK UND NATURWISSENSCHAFTEN BEGEISTERN

Diese Fächer sind für Österreichs Wirtschaft Schlüsselfächer für die Wertschöpfung, daher müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um Methodik und Didaktik in Österreich in diesen Bereichen an die Weltspitze zu bringen.

BILDUNGS- UND BERUFSBERATUNG AN SCHULEN AUSBAUEN UND STÄRKEN

In der 7. und 8. Schulstufe soll in allen Schultypen Berufsberatung in Form eines eigenen Schulfaches erfolgen.

ZENTRALE ABSCHLUSSPRÜFUNGEN EINFÜHREN

Um mehr Transparenz zu schaffen, soll es für alle Schularten zentrale standardisierte Überprüfungen der Kompetenzen geben.

EFFEKTIVITÄT UND EFFIZIENZ ERHÖHEN

Österreichs Schulsystem braucht eine bessere Verteilung von Verantwortung und Ressourcen, von Leistungsanreizen und Verbindlichkeit. Die Schule vor Ort soll mehr Gestaltungsraum erhalten.

GANZTAGSBETREUUNG AUSBAUEN

Die Ganztagsbetreuung in Form eines über den ganzen Tag verteilten Unterrichts ermöglicht die Leistungskurven der Lernenden optimal zu berücksichtigen.

LEHRE: ÜBUNG MACHT DEN (WELT)MEISTER

Die duale Lehrlingsausbildung ist das Erfolgsgeheimnis Österreichs. Ein Lehrabschluss ist die häufigste Basis für Unternehmertum und leitende Positionen in unserer Wirtschaft. Wir wollen diese führende Position ausbauen und das duale Erfolgsprinzip weitertragen.

DAS DUALE PRINZIP WEITERFÜHREN

Das erfolgreiche duale Ausbildungsprinzip soll auf allen Ebenen des berufsbildenden Bildungssystems (duale Fachhochschul- und Hochschulstudiengänge, Kombinationen HTL und Lehre) Anwendung finden.

QUALITÄTSMANAGEMENT UND FÖRDERUNGEN VERSTÄRKEN

Qualitätsbezogene Förderungen und Hilfestellungen durch Beratung und Infrastruktur sollen die Ausbildungsbetriebe in ihrer Rolle stärken.

RAHMEN FLEXIBILISIEREN

Durch verschiedene Organisationsformen, verschiedene Berufsschulanteile, eigene Formen für die Nachqualifizierung und Umschulung Erwachsener sollen neue Formen der dualen Ausbildung möglich werden.

AUSBILDUNG FÜR ALLE SICHERN

Auch unterhalb des Fachkräfteniveaus müssen gute und arbeitsmarktnahe Ausbildungsmöglichkeiten angeboten werden können.

AUSBILDUNGSORDNUNGEN SCHLANKER MACHEN

Die Regelung der Ausbildung soll durch eine stärkere Orientierung an Lernzielen noch weiter an Qualität und Effizienz gewinnen.

BERUFSWELTMEISTERSCHAFTEN UND BERUFSEUROPAMEISTERSCHAFTEN FORCIEREN

Zur weiteren Stärkung des Images der Lehrlingsausbildung soll langfristig einer der beiden Bewerbe in Österreich ausgetragen werden.

HOCHSCHULEN: AM PULS DER ZEIT

Österreichs Wirtschaft benötigt ein leistungsfähiges Hochschulsystem, das sich vermehrt den Anforderungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt stellt und gleichzeitig den Erfordernissen eines zeitgemäßen Wissenschaftsbetriebs entspricht.

MEHR „MINT": MATHEMATIK, INFORMATIK, NATURWISSENSCHAFTEN TECHNIK

Wir brauchen weitaus höhere Absolventenzahlen im Bereich der technischen und naturwissenschaftlichen Studien, wenn wir Technologieführer in Österreich halten, aufbauen und für den Standort gewinnen wollen.

BACHELOR ALS REGELSTUDIUM AUSSER FRAGE STELLEN

Österreich braucht eine gestufte Studienstruktur, mit dem Bachelor als berufsqualifizierendem Erstabschluss und Master-Studien, die zusätzliche wissenschaftliche Fähigkeiten und Spezialkenntnisse vermitteln.

FACHHOCHSCHULSEKTOR AUSBAUEN

Der Fachhochschulsektor hat sich in der Vergangenheit als Hoffnungsträger einer dynamischen und nachfragegerechten Hochschulentwicklung erwiesen. In diesem Sinne muss die bisherige Fachhochschulentwicklung im Bereich der wissenschaftlich fundierten Berufsausbildung auf Hochschulniveau fortgesetzt werden. Die daraus resultierende Entlastung der Universitäten sollte zu einer Stärkung der wissenschaftlichen Berufsvorbildung und wissenschaftlichen Nachwuchsrekrutierung führen.

STUDIENGEBÜHREN WIEDER EINFÜHREN

Wir bekennen uns zu Studiengebühren und einer Fortentwicklung des Stipendienwesens, das nach Maßgabe der sozialen Bedürftigkeit, fachlichen Eignung und des Studienerfolgs den Zugang zu Hochschulstudien für alle sichert.

STUDIENANGEBOTE EFFIZIENTER GESTALTEN

Die vorgesehene Regelstudiendauer muss realistisch erreichbar sein und die Wahrscheinlichkeit eines Studienabbruchs verringert werden.

STUDIENKONTINGENTE FÜR FINANZIERUNG HERANZIEHEN

Universitäten, die für ihre Bachelor- und Masterstudien im Einvernehmen mit den Erfordernissen des Arbeitsmarktes Studienplatzkontingente festlegen und Zulassungsverfahren definieren, sollen eine entsprechende Studienplatzfinanzierung erhalten.

MASTER-ANGEBOTE FÜR ERWERBSTÄTIGE ENTWICKELN

Im Sinne des Lebenslangen Lernens und des Praxis-Transfers an die Universitäten erwarten wir einen deutlichen Zuwachs an berufsbegleitenden Studien.

WEITERBILDUNG: AM BALL BLEIBEN

Weiterbildung ist ein immer wichtiger werdender Faktor in der der Wirtschafts- und Standortpolitik. Es muss uns gelingen, Bildung als lebenslangen Prozess zu verankern, damit wir unsere Wettbewerbsfähigkeit kontinuierlich verbessern und ausbauen können.

DIE VIELFÄLTIGE WEITERBILDUNGSLANDSCHAFT ALS STÄRKE BEGREIFEN

Die österreichische Weiterbildungslandschaft ist durch den Mix aus öffentlichen, gemeinnützigen und gewinnorientierten Anbietern besonders leistungsfähig und in der Lage, verschiedenste Bedürfnisse effizient zu erfüllen.

BESSERE RAHMENBEDINGUNGEN SCHAFFEN

Klare Regelungen zur öffentlichen Finanzierung von Weiterbildung, ein Bekenntnis zum Wettbewerb zwischen den verschiedenen Bildungsanbietern, der Fokus auf die Förderung von individuellen Bildungsentscheidungen und der Ausbau der Berufs- und Bildungsorientierungsangebote für Erwachsene sind die Meilensteine auf dem Weg zum österreichischen Erfolg beim lebenslangen Lernen (LLL).

EIN PERSÖNLICHES BILDUNGSKONTO EINRICHTEN

Um Weiterbildung noch attraktiver zu machen, soll ein neues Finanzierungsinstrument geschaffen werden: Bei Banken und Versicherungen soll ein „Bildungs-"konto eingerichtet werden, auf dem die individuell angesparten Mittel mit einem staatlichen Zuschuss von mindestens 30 % prämiert werden, wenn Weiterbildungsmaßnahmen in Anspruch genommen werden.

FÖRDERUNGEN FÜR WEITERBILDUNGSAKTIVE UNTERNEHMEN VERBESSERN

Innovative, präventiv wirkende Arbeitsmarkt-Förderungen und steuerliche Anreize für Weiterbildung müssen unkompliziert für Unternehmen und Beschäftigte zur Verfügung stehen.

BASISKENNTNISSE FREI VERFÜGBAR MACHEN

Lesen, Schreiben, Rechnen und andere grundlegende Kulturtechniken müssen auch für Erwachsene jederzeit erworben werden können. In diesem Bereich sind Subventionen an dafür in Frage kommende Bildungsanbieter und Aufklärungskampagnen für die Zielgruppen gerechtfertigt.

LEBENSLANGES LERNEN: EINE STRATEGIE ENTWICKELN UND UMSETZEN

Die verschiedenen Bildungssegmente dürfen nicht isoliert von einander betrachtet werden. Es bedarf viel mehr eines gemeinsamen strategischen Rahmens, der Lernen unabhängig vom Alter ermöglicht, Transparenz zwischen Abschlüssen schafft und Durchlässigkeit stärkt.

POLITIK KOORDINIEREN

Die Verantwortung für die Querschnittsmaterie LLL soll politisch in einem LLL-Rat verankert werden. Dieser Rat benötigt ein klares und umfassendes Mandat, das „gleiche Augenhöhe" mit Bundesministern und Landeshauptleuten ermöglicht. Der LLL-Rat soll vom Ministerrat bestellt werden.

EINEN GEMEINSAMEN QUALIFIKATIONSRAHMEN SCHAFFEN

Der nationale Qualifikationsrahmen (NQR) soll als einheitlicher Bezugspunkt für alle Bildungsabschlüsse dienen. Dadurch soll die Transparenz zwischen Abschlüssen erhöht und eine prinzipielle Gleichwertigkeit zwischen beruflicher, allgemeiner und akademischer Bildung signalisiert werden.

2 | BILDUNGSPOLITISCHE LEITLINIEN DER WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH

Bildung und die damit einhergehenden Leistungen des Einzelnen resultieren in Wissen, Fertigkeiten und Kompetenzen. Sie sind Grundvoraussetzung für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Bildung bestimmt die individuelle Produktivität sowie die Anpassungsfähigkeit des Einzelnen in einer sich ständig verändernden Arbeitswelt. Gleichzeitig trägt Bildung zur Persönlichkeitsentfaltung bei und schafft die Voraussetzungen für Gemeinsinn und Demokratie. Durch Bildung werden die geistigen, kulturellen, kreativen und lebenspraktischen Potenziale und die sozialen Kompetenzen von Menschen zur Entfaltung gebracht.

Unsere bildungspolitischen Positionen gründen auf einem vielseitigen und ganzheitlichen, nachhaltigen Bildungsbegriff. Die verschiedenen Funktionen von Bildung sind keine Gegensätze, sondern stehen in einem komplementären Verhältnis zueinander. Bildung muss zweckfrei und bedarfsorientiert, theoretisch und praktisch, geistig und manuell sein. Bildung findet in Klassenzimmern und in Unternehmen, in Hörsälen und in Werkstätten, in formalen Settings und informell statt. Bildung ist ein öffentliches Gut und sie ist eine marktfähige Dienstleistung.

Absolute, pauschalierende und von der individuellen Neigung und Eignung sowie dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedarf losgelöste Deutungen von Bildung greifen zu kurz. Für Bildung fallen erhebliche Kosten an. Vor allem, weil der größte Teil der aufgewendeten Finanzmittel steuerfinanziert ist, bedarf es einer verantwortungsvollen und nachhaltigen politischen Gesamtstrategie. Das vorliegende Positionspapier macht dazu konkrete Vorschläge auf Basis folgender Leitlinien:

BILDUNG ALS INVESTITION VERSTEHEN

Bildungsausgaben sind eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Als solche und unabhängig von ihrer konkreten inhaltlichen Ausprägung muss Bildung unter Effektivitäts- und Effizienzgesichtspunkten gesehen werden. Öffentlich finanzierte Bildung bedarf konkreter und verbindlicher Bildungsziele, deren Zielerreichungsgrad regelmäßig überprüft wird. Bildungsinvestitionen führen zu hohen gesellschaftlichen und individuellen Erträgen. Die sozialen Erträge sind vor allem für Grund- und Allgemeinbildung sowie für eine erste Berufsausbildung sehr hoch. Entsprechend hohe steuerfinanzierte Ausgaben für Bildung sind demnach absolut begründet. Je höher der private Nutzen in Form von höherem Erwerbseinkommen, Status, erhöhter Produktivität etc. ist, desto mehr ist eine private Kostenbeteiligung gerechtfertigt. Dies trifft insbesondere für Hochschulbildung und weiterführende berufliche Weiterbildung zu.

LEISTUNG FORDERN UND POTENZIALE FÖRDERN

Verbindliche Bildungsziele erfordern Leistung, sowohl von Seiten der Lernenden als auch von Seiten der Lehrenden. Leistung muss verlangt und belohnt werden. Nicht-Leistung muss Konsequenzen haben. Bildung muss sich an den Potenzialen der Lernenden orientieren und entsprechend leistungsdifferenziert organisiert sein. Bildung hat das Ziel, Talente zur Entfaltung zu bringen.

Mit Ausnahme der in Gesellschaft und Beruf unabdingbaren Kulturtechniken (Sprechen, Lesen und Schreiben, Rechnen, Wirtschafts- und IT-Kenntnisse und Englisch) darf es keine reflexartigen Wertigkeiten zwischen handwerklichen, allgemeinbildenden, technischen, naturwissenschaftlichen und anderen Bildungsinhalten geben. Bildungs- und damit einhergehende Beratungsprozesse müssen so gestaltet sein, dass Individuen mögliche Interessen und Begabungen in unterschiedlichsten Bereichen bei sich entdecken und entwickeln können.

TRANSPARENZ UND GLEICHWERTIGKEIT VON BILDUNGSINHALTEN GEWÄHRLEISTEN

Lernleistungen müssen transparent sein. Unabhängig davon, wo Lernleistungen erbracht werden (Schule, Hochschule, Lehrlingsausbildung, non-formales Lernen in der Weiterbildung oder informelles Lernen) müssen diese für Dritte durch Qualifikationsnachweise erkennbar gemacht werden können.

Die relative Wertigkeit von Qualifikationsnachweisen darf sich nicht nach dem Lernort oder der Lernart, sondern einzig nach validierten Lernleistungen richten. Es geht nicht darum, wo jemand etwas gelernt hat, sondern was er oder sie nachweislich kann.

DURCHLÄSSIGKEIT FORCIEREN

Die Vielfalt an Lernorten und Lernarten und die damit einhergehende Segmentierung von Bildungsprozessen nach Institutionen (Schule, Hochschule, betriebliche Bildung etc.) muss durch eine Gesamtstrategie für das Bildungs- und Qualifizierungssystem ausgeglichen werden. Es bedarf eines Zusammenspiels von Erstausbildung und Weiterbildung, von formalem und non-formalem Lernen. Jedem durch einen Qualifikationsnachweis nachgewiesenen Lernschritt muss ein weiterer folgen können. Kein Bildungsabschluss darf eine Sackgasse sein. Dafür bedarf es einer Abstimmung zwischen den politischen Akteuren und den Bildungsanbietern aus den verschiedenen Bildungssegmenten. Zugangsvoraussetzungen zu weiterführenden Bildungsangeboten und Anrechnungen sollen lernerzentriert auf Basis erbrachter Lernleistungen und nicht institutionenzentriert begründet sein.

INTEGRATION FÖRDERN

Nachhaltige Integration beginnt mit professioneller Elternarbeit und Sprachförderung von Beginn an. Nicht nur für Deutsch, sondern auch in der Muttersprache. Angebote für Eltern wie Mama-lernt-Deutsch-Kurse sind dabei unverzichtbar. Die interkulturelle Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften aller Schulstufen und Kindergartenpädagogen ist im Lehrplan der Pädagogischen Bildungsinstitutionen verpflichtend anzubieten. Auch muss es mehr Lehrkräfte mit Migrationshintergrund geben. Muttersprachliche Information über das österreichische Bildungssystem sowie Berufsinformation für Eltern unterstützen den Integrationsprozess. Integration als gesellschafts- und bildungspolitische Herausforderung muss in allen Bildungsinstitutionen vom Kindergarten bis zu den Universitäten mitgedacht werden.

INTERNATIONALITÄT STÄRKEN

Österreichs Bildung muss den Herausforderungen der zunehmend internationalen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Verflechtungen gewachsen sein. Dies hat inhaltliche Anforderungen an die Bildung zur Folge: Fremdsprachen, Mobilität und interkulturelle Kompetenzen müssen als Bildungsziele nachhaltig und in allen Bildungssegmenten Verankerung finden. Strukturelle Folgen ergeben sich aus der Notwendigkeit, individuelle Qualifikationsnachweise, die Leistungen unseres Bildungssystems und die Qualifikationsstärke der Bevölkerung international und insbesondere innerhalb der Europäischen Union adäquat darzustellen.

WIR LERNEN LEBENSLANG.

Das Konzept des Lebenslangen Lernens (LLL) soll Ankerpunkt von Bildungsreformen werden:

- In einer sich verändernden Arbeitswelt muss unabhängig vom Alter jeder Bildungsabschluss zu gleichen Bedingungen erfolgen können.
- Die Lernenden müssen im Fokus von Verbesserungen und Reformen stehen und nicht die Lerninstitutionen.
- Die im Rahmen einer Aus- oder Weiterbildung gelernten Inhalte und erworbenen Abschlüsse müssen transparent sein.
- Die einzelnen Stufen des Bildungssystems sollen durchlässig sein. Kein Bildungsweg darf in eine Sackgasse führen.

Aktuell fehlt ein gemeinsames Rahmenkonzept für alle Bildungssegmente. Eine strategisch begründete Abstimmung der mit der Steuerung von Bildungsprozessen befassten Bundesministerien, Landesregierungen und Gemeinden erfolgt zu wenig. Allgemein-, Berufs-, Hochschul- und Erwachsenenbildung sind nicht ausreichend abgestimmt.

Daher benötigt Österreich klare Verantwortlichkeiten zur Umsetzung einer Strategie für das Lebenslange Lernen (LLL). Die Verantwortung für die Querschnittsmaterie LLL soll in einem LLL-Rat verankert werden. Dieser Rat benötigt ein Mandat, das „Augenhöhe" in Diskussionen mit Bundesministern und Landeshauptleuten ermöglicht. Der **LLL-Rat** soll vom Ministerrat bestellt werden.

Ein wichtiges Instrument zur Erhöhung der Transparenz und zur Signalisierung einer prinzipiellen Gleichwertigkeit zwischen verschiedenen Abschlüssen (Qualifikationen) wird der Nationale Qualifikationsrahmen sein. In diesem achtstufigen Rahmen sollen Abschlüsse aller Bildungsbereiche, von der Schule über die Lehrlingsausbildung und Hochschule bis zur Weiterbildung zugeordnet werden.

3 | VORSCHULISCHER BEREICH: KINDERN FLÜGEL VERLEIHEN

FRÜH ÜBT SICH WER EIN MEISTER WERDEN WILL.

Am Anfang der Bildungslaufbahn sollte jeder Mensch gleiche Startchancen haben. Eine gute Betreuung und Förderung der Kleinsten legt das Fundament für deren Erfolg in Schule und Beruf, sowie für die Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Klar ist: Was am Lebensanfang versäumt oder vernachlässigt wird, lässt sich später nur in Grenzen und mit hohem Aufwand ausgleichen. In der Entwicklung eines Kindes gibt es so genannte „Zeitfenster", in denen jeweils bestimmte Lernschritte besonders leicht gelingen. Diese Zeitfenster gilt es gut zu nutzen.

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Das Vorschulalter aktiv begleiten

In diesem Alter sind Kinder besonders neugierig, wissbegierig und lernbereit und damit werden die Grundlagen für die künftige Schul- und Berufslaufbahn gelegt. Es werden wichtige Kompetenzen wie Sprach- und Ausdrucksfähigkeit, Aufnahmefähigkeit oder auch koordinative Fähigkeiten und soziale Kompetenzen wesentlich geprägt. Vorhandene Defizite können behoben werden.

Einen guten Start ermöglichen

Wissenschaftliche Studien zeigen den positiven Einfluss von frühkindlicher Erziehung auf spätere Lernleistungen. Gerade für Kinder aus sozial benachteiligten Familien sind die Vorteile von frühkindlicher Bildung besonders stark ausgeprägt. Startnachteile lassen sich durch frühkindliche Erziehung deutlich reduzieren.

Frühförderung als Investition mit höchstem Return on Investment begreifen

Aus volkswirtschaftlicher Perspektive ist eindeutig: Die gesellschaftlichen Erträge von frühkindlicher Bildung sind höher als für alle anderen Bildungsbereiche. Die positiven Auswirkungen von frühkindlicher Bildung über höhere Bildungsaspirationen und andere langfristige Effekte bis hin zur Integration in den Arbeitsmarkt und in Folge höhere Steueraufkommen übertreffen die dafür notwendigen Investitionen um ein Vielfaches.

UNSERE POSITIONEN

Eine gute Basis schaffen

Eine gute und quantitativ ausreichende Frühförderung ist eine wichtige Basis für den Erwerb von Wissen, Fertigkeiten und Kompetenzen der nachkommenden Generationen. Dazu zählt auch das Aufzeigen möglicher Bildungs- und Berufswege, um Eltern von Beginn an zu unterstützen. Dies sichert die Entfaltung der Potenziale der in Österreich lebenden Menschen und damit deren Berufschancen und den Qualifikationsbedarf der Wirtschaft.

Klare Bildungsziele definieren

Frühkindliche Bildung muss daher weit mehr sein, als Tagesbetreuung oder Deutschunterricht für Kinder mit mangelnden Sprachkenntnissen. Es bedarf klarer Bildungsziele mit Bezug auf Sprache, Sozial- und Methodenkompe-

tenzen. Spezifische Spiel- und Lernprogramme sollen die Sprach- und Persönlichkeitsentwicklung, die sozial-emotionale Entwicklung, aber auch das Interesse für Zahlen und Technik sowie motorische und musikalischen Entwicklungen fördern.

Pädagogische Ausbildung verbessern

Die natürliche Neugier der Kinder muss als Basis für eine nachhaltige Lernmotivation erhalten und entwickelt werden. Das Interesse und die Offenheit für beobachten, erforschen und experimentieren ist in diesem Alter besonders groß. Dafür bedarf es bestens ausgebildeter Pädagogen.

UNSERE FORDERUNGEN

Individuelle Förderung gewährleisten

Allen Kindern soll eine optimale individuelle Förderung nach ihren Stärken und Fähigkeiten zuteil werden. In den ersten Lebensjahren wird das Fundament für eine erfolgreiche Bildungsbiografie gelegt.

Flächendeckende Betreuung garantieren

Österreich braucht eine flächendeckende, ganztägige und qualitätsvolle Kinderbetreuung. Dies umfasst einen adäquaten Betreuungsschlüssel, angepasste Gruppengröße und Zusammensetzung, gut geschultes Betreuungs- und pädagogisches Personal sowie eine gute Infrastruktur. Ab dem 3. Lebensjahr sollen Kindergärten kostenfrei sein. Das letzte Kindergartenjahr ist verpflichtend zu besuchen. Die Betreuung der Kinder sollte grundsätzlich auch während der Ferien gewährleistet sein.

Klare Kompetenzverteilung einführen

Kindergärten und Horte sollen nicht länger in der alleinigen Kompetenz der Länder liegen. Es darf nicht von der Finanzkraft einer Gemeinde abhängen, ob ausreichend Kinderbetreuung angeboten wird.

Bildungsstandards für das verpflichtende Kindergartenjahr setzen

Im Sinne ausformulierter kindlicher Kompetenzen müssen in zentralen Bildungsbereichen wie z.B. Sprache, Technik, Kommunikation, soziale Beziehungen etc. Mindeststandards definiert werden.

Nationalen Rahmenbildungsplan verabschieden

Die Ausarbeitung eines nationalen Rahmenbildungsplanes ist in Angriff zu nehmen; die Ausbildung zum Kindergärtner soll im Rahmen einer Spezialisierung im Bereich der hochschulischen, frühpädagogischen Lehrerbildung erfolgen.

Flexiblere Übergänge schaffen

Der Übergang zwischen Kindergarten und Volksschule sollte aufeinander abgestimmt sein. Dazu bedarf es der Entwicklung tragfähiger Konzepte. Jedes Kind sollte erst dann in die Volksschule kommen, wenn die Schulreife tatsächlich erreicht wurde. Die Eltern sollten in diesen Prozess maßgeblich einbezogen werden.

Sprachförderung ausbauen

Gezielte Sprachförderung von Kindern mit mangelnden Sprachkenntnissen ist unerlässlich. Sprachdifferenzen zwischen Kindern müssen schon vor Schulbeginn auf tolerable Unterschiede schrumpfen, weil nur so Chancengleichheit entsteht.

4 | DIE BESTEN SCHULEN DER WELT: STRUKTUREN VERÄNDERN

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Ressource Bildung ist zukunftsentscheidend

Der rohstoffarme Wirtschaftsstandort Österreich ist dringend auf die Ressourcen Wissen und dessen zeitgemäße Aneignung und Anwendung angewiesen. Zur Sicherung unseres Wirtschaftsstandortes benötigen wir die Schulen als verlässliche Partner. Wir brauchen die besten Schulen der Welt, die sich den individuellen Fähigkeiten und Begabungen der Kinder widmen und sie mit den Kompetenzen für Arbeits- und Berufswelt ausstatten.

Effektivität und Effizienz erhöhen

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass im Bereich der Schlüsselqualifikationen große Mängel bestehen (z.B.: ein Fünftel der Pflichtschulabsolventen in Österreich kann nicht sinnerfassend lesen!) Im Hinblick auf die Chancen der Betroffenen im Berufsleben müssen wir unsere Anstrengungen daher verstärken. Dabei ist eine Erhöhung der finanziellen Ressourcen für sich alleine keine Lösung: Die kumulierten Ausgaben pro Schüler bis zur 10. Schulstufe sind in Österreich um rund 30 % höher als in Vergleichsstaaten. Die Wurzel für die geringe Effektivität und Effizienz österreichischer Schulen liegt in einer ungünstigen Form der Schulsteuerung und -verwaltung.

Motivierende Rahmenbedingungen schaffen

Unser Ziel muss es sein, die Verlässlichkeit von Schulen zu erhöhen, damit Schüler und Schülerinnen eine gute Basis für Berufseinstieg und weiterführende Ausbildung erhalten. Dafür bedarf es Strukturen, die für Direktoren und Direktorinnen, Lehrer und Lehrerinnen motivierend wirken, Leistungsanreize setzen und Verbindlichkeit erzeugen.

UNSERE POSITIONEN

Qualität sichern

Wir brauchen ein klar definiertes Zusammenspiel von individueller Förderung, Leistungsstandards in Form von Mindeststandards auf mehreren Kompetenzstufen und externer Evaluierung. Die besten Schulen der Welt brauchen eine selbstbewusste Bereitschaft zur Qualitätssicherung.

Begabungen erkennen und fördern

Das Ziel: Alle Schülerinnen und Schüler sollen den ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechenden bestmöglichen Bildungsabschluss erreichen können – unabhängig von sozialem Umfeld und finanzieller Ausgangslage.

Schulverwaltung reformieren

Eine umfassende Schulreform erfordert eine Reform der Strukturen im Bildungsbereich. Viele Aufgaben und ein großer Teil der Verantwortung sollen auf Ebene der einzelnen Schule gebündelt werden.

Schulische Berufsbildung beibehalten (HTL, HAK)

Wir bekennen uns im Bereich der schulischen Berufsbildung in der Oberstufe zum österreichischen Weg der differenzierten Form nach Schularten.

AHS-Oberstufe als Heranführung an die Hochschulen klar positionieren

Im Sinne einer optimalen Heranführung von Jugendlichen an ein Studium bedarf es einer qualitativ hochwertigen gymnasialen Oberstufe mit wissenschaftlichem Einschlag.

UNSERE FORDERUNGEN

DIE INDIVIDUALISIERUNGS-OFFENSIVE STARTEN

Die besten Schulen der Welt haben die Lernenden im Fokus. Das Potenzial des Individuums ist entscheidungsrelevant, nicht die Sachzwänge gewachsener Struktur:

- Sichere Sprachkenntnis ist der Schlüssel für ein erfolgreiches Berufsleben und Erfolg in der Schule. Förderprogramme sollen den Schülern helfen, die Standards zu erreichen. Dabei sollen Text- und Leseverständnis sowie Rechtschreibfähigkeiten im Fokus der Aufmerksamkeit stehen.

- Für besonders leistungsstarke und hochbegabte Schüler muss es attraktive Angebote geben, um sie in ihren Neigungen und Fähigkeiten zu ermutigen und zum selbstgesteuerten Lernen zu befähigen.

- Für lern- und leistungsschwächere Schüler müssen gezielt individuelle Förderkurse angeboten werden. Punktgenaue Förderkurse sollen Kindern aus bildungsbenachteiligten Zielgruppen helfen. Die Schulsozialarbeit muss ausgebaut werden.

- Um den individuellen Neigungen und Fähigkeiten der Schüler besser gerecht werden zu können, bedarf es vermehrter Angebote in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT). Im Sinne von „Jugend forscht" sollen diese auch fächerübergreifenden Angebote einen möglichst hohen Praxisbezug haben.

Individualisierte Förderung braucht **moderne Schulgebäude**. Das bedeutet zeitgemäße Raumangebote für Schülerinnen und Schüler, sowie attraktive Lehrerarbeitsplätze (Computer, Arbeitsbereiche abseits des Konferenzzimmers usw.). Insbesondere ist hier beim Schulbau auf die Bedürfnisse der Ganztagsbetreuung einzugehen (Freizeiträumlichkeiten, Schulkantine etc.)

QUALITÄTSSICHERUNG GEWÄHRLEISTEN

Schulaufsicht ausgliedern

Die Schulaufsicht ist aus den Dienstbehörden auszugliedern und als Behörde direkt dem Bildungsministerium nachzuordnen.

Bundesagentur für Bildungsqualität etablieren

Eine Bundesagentur für Bildungsqualität soll als Hilfsorgan des Nationalrates eingerichtet werden. Diese Bundesagentur soll die Zielerreichung sämtlicher öffentlicher Bildungsanbieter evaluieren und an den Nationalrat berichten. Für die betroffenen Stellen besteht Pflicht zur Stellungnahme.

Zentrale standardisierte und kompetenzbasierte Abschlussprüfungen einführen

Für alle Schularten (nicht nur im Rahmen der Reifeprüfungen) soll es eine zentrale standardisierte Überprüfung der Kompetenzen geben. So kann die Schule für die aufnehmenden Institutionen (andere Schulen, Universitäten, Wirtschaft etc.) verlässlicher gemacht werden.

Leistungsstandards weiterentwickeln

Der sogenannte Regelstandard (Durchschnittsstandard) ist durch Kompetenzstandards (als Mindeststandard) auf verschiedenen Leistungsniveaus zu ersetzen. Das im Zusammenhang mit den Bildungsstandards erstellte periodische Monitoring ist zu publizieren.

Support-Einheiten einrichten

Auf Länderebene sollen unterstützende Organisationseinheiten geschaffen werden, die bei der Behebung von Mängeln sowie bei der Zielerreichung der Schulen unterstützend wirken.

SCHULVERWALTUNGSREFORM UND EFFEKTIVES SCHULMANAGEMENT DURCHSETZEN

Klare Strukturen schaffen

Eine einzige Dienstbehörde soll für Lehrer mit einem einheitlichen Dienst- und Besoldungsrecht zuständig sein.

Entscheidungen vor Ort treffen lassen

Die finanzielle und personelle Selbstverwaltung der Schulen ist das notwendige Herzstück einer umfassenden Reform der Schulorganisation. Um die Verantwortung für die Bildungsergebnisse übernehmen zu können, muss die Schulleitung über Kompetenzen in der Personalauswahl und der Personalführung verfügen. Auch in finanzieller Hinsicht ist mehr Freiraum für die Schulen notwendig. Die Schule selbst weiß am besten, wo die zur Verfügung stehenden Mittel am besten eingesetzt werden.

Neue und alternative Zugänge zum Beruf des Lehrers ermöglichen

Personen mit entsprechender Vorbildung und Erfahrung sollen in den Beruf des Lehrers „quer einsteigen" können. Dafür bedarf es spezieller und bedarfsgerechter berufsbegleitender pädagogischer Angebote durch die Pädagogischen Hochschulen sowie einer vollen Anrechnung von Vordienstzeiten hinsichtlich der Gehaltseinstufung.

Reform der 9. Schulstufe in Angriff nehmen

Ziel muss sein, den Übergang in weiterführende Allgemein- und Berufsbildungsangebote besser und friktionsfreier zu gestalten und damit die Drop-out-Raten in der Sekundarstufe 2 zu senken.

Inhaltliches Gesamtkonzept erarbeiten

Die Entwicklung eines inhaltlichen Gesamtkonzepts für das gesamte Schulwesen inklusive entsprechender Bildungsstandards mit klar definierten Mindestlevels in den einzelnen Fächern ist unerlässlich. Abweichend vom bisherigen Fächerkanon sollen insbesondere Wirtschaftswissen und Fremdsprachen mehr Gewicht erlangen.

PROFESSIONELLE ARBEITSBEDINGUNGEN FÜR LEHRER SCHAFFEN

Weiterbildung der Lehrer professionalisieren

Regelmäßige Weiterbildung von Lehrern in der unterrichtsfreien Zeit muss eine Selbstverständlichkeit sein. Die Inhalte der Weiterbildung (welches Themengebiet in welchem Umfang etc.) müssen von der Schulleitung und vom einzelnen Lehrer in Karrieregesprächen gemeinsam festgelegt werden. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass sich die Weiterbildung mit den konkreten Anforderungen der Schule deckt. So werden die für Lehrerweiterbildung zur Verfügung stehenden Mittel effektiv eingesetzt.

Weiterbildung attraktivieren

Die **Weiterbildung von Lehrern** an den Pädagogischen Hochschulen soll durch **Angebote anderer Erwachsenenbildungseinrichtungen** und Hochschulen ergänzt werden können. Verpflichtende Aus- und Weiterbildung für das Fach **Berufsorientierung** muss selbstverständlich sein.

Methodische und didaktische Verbesserung des Unterrichts gewährleisten

Gerade in Mathematik und Naturwissenschaften muss intensiv an der Vermittlung der Inhalte gearbeitet werden. Unter dem gesamtgesellschaftlichen Ziel der Hebung des Stellenwertes naturwissenschaftlicher Bildung sind die Lehrkräfte in diesen Fächern die wichtigsten Botschafter.

BILDUNGS- UND BERUFSBERATUNG AN SCHULEN AUSBAUEN UND STÄRKEN

Die Etablierung eines eigenen Faches in der 7. und 8. Schulstufe unter Abkehr von der derzeit üblichen „integrierten" Form schafft Sicherheit für Schüler und Lehrer. Es ist ein Konzept durch das zuständige Bundesministerium zu erarbeiten, wie Quereinsteiger aus der Wirtschaft als Bildungs- und Berufsberater gewonnen werden können. Standards und deren externe Überprüfung müssen geschaffen werden.

INTERNATIONALISIERUNG VORANTREIBEN

Die erste Fremdsprache soll bereits in der Grundschule und nach dem Beispiel mehrerer europäischer Länder auch schon in der Vorschulphase angeboten werden. Der Ausbau von zweisprachigen Schulangeboten muss vorangetrieben werden.

NACHMITTAGSBETREUUNG, GANZTAGSSCHULEN ANBIETEN

Flächendeckendes Angebot schaffen

Geänderte Verhältnisse in Arbeits- und Berufswelt sowie neue Lebensformen bedingen ein Umdenken in den Bereichen Kinderbetreuung und Schule. Im Sinne einer bestmöglichen Potenzialförderung erachten wir es als notwendig, dass ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsschulen besteht. Die Ganztagsbetreuung in Form eines über den ganzen Tag verteilten Unterrichts ermöglicht dabei die Leistungskurven der Lernenden optimal zu berücksichtigen.

Pädagogische Konzepte erarbeiten

Schulen mit Nachmittagsbetreuung dürfen keine „Kinderverwahranstalt" werden. Die Mehrzahl der in der Nachmittagsbetreuung beschäftigten Personen sollten Lehrer sein. Diesem Betreuungsangebot muss ein pädagogisches Konzept zugrunde liegen. In einem pädagogischen Konzept können die Inhalte der Schule aufbereitet und erweitert werden. Hausaufgabenbetreuung, unterrichtsbezogene Projekte und Fördermaßnahmen sollten daher grundlegende Bestandteile der Nachmittagsbetreuung sein.

Schlüsselqualifikationen vermitteln

Neben den rein schulischen Inhalten müssen auch freizeitpädagogische Konzepte umgesetzt werden. Hier sind Aktivitäten denkbar, die die gesuchte Schlüsselqualifikationen Selbstständigkeit, Konfliktfähigkeit und Teamfähigkeit (soft skills) fördern.

Wirtschaftsleben in die Schule bringen

In die Konzeption einer Ganztagsschule soll auch eine Praxiskomponente integriert werden. Für ältere Schüler sollten Betriebserkundungen im Rahmen des Berufsorientierungsunterrichts organisiert werden.

Flexibilität bewahren

Damit die Ganztagsbetreuung wirklich eine Entlastung für berufstätige Eltern etc. bringt, muss das Angebot zuverlässig und zu auf die Erfordernisse einer Erwerbstätigkeit abgestimmten Rahmenbedingungen erfolgen. Ein flexibles Ende der Nachmittagsbetreuung zwischen 16.00 und 18.00 Uhr ist daher wünschenswert.

GEMEINSAM LERNEN

Als Ergebnis der Individualisierungsoffensive, der Qualitätssicherungsreformen und auf Basis einer umfassenden Schulverwaltungsreform ist unter Beachtung des klaren Bekenntnisses zur Leistungsdifferenzierung eine gemeinsame Schule der 10- bis 15-Jährigen ein logischer Schritt.

BERUFSORIENTIERUNG

Lehrerausbildung stärken

Eine Basisausbildung für Berufsorientierung ist in allen Ausbildungen für Lehrkräfte im Mindestausmaß von einer Woche verpflichtend zu integrieren. Zusätzlich ist eine Aufwertung der Berufs- und bildungsberatenden Lehrer notwendig.

Quereinsteiger aus der Wirtschaft als Bildungs- und Berufsberater gewinnen

Für mehr Praxisbezug im Berufsorientierungsunterricht wäre es sinnvoll, dass auch Quereinsteigern aus der Wirtschaft als Bildungs- und Berufsberater fungieren können.

Potenzialanalysen einführen

An den entscheidenden Schnittstellen sollen alle Kinder die Möglichkeit erhalten, anhand von Potenzialanalysen ihre eigenen Stärken und Schwächen zu erkennen.

Eigenes Fach Bildungs- und Berufsberatung einführen

In allen Schulformen soll in der 7. und 8- Schulstufe ein eigenes Unterrichtsfach „Bildungs- und Berufsberatung" eingerichtet werden. Die derzeit meist praktizierte Form der Integration dieser Inhalte in andere Fächer bewährt sich nicht.

„Berufs-Schnuppern" ausweiten

Das Berufs-Schnuppern ermöglicht den Jugendlichen in allen Schulformen das Kennenlernen von Berufen, das Korrigieren falscher Berufsvorstellungen und die selbstkritische Überprüfung der persönlichen Eignungen und Neigungen. Auch Schülerinnen und Schüler der BMHS sollen in Zukunft das bewährte Modell der individuellen Berufsorientierung in Anspruch nehmen können.

Berufs- und Bildungsberatung an Schnittstellen ausbauen

Die Berufs- und Bildungsberatung muss auch bei den weiteren Schnittstellen des Schulsystems ausgebaut werden.

Besonders am Ende der Sekundarstufe II (Berufsschule, AHS, BHMS) ist das erforderlich, damit die Schülerinnen und Schüler die Wahl des weiteren Bildungsweges oder den Berufseinstieg bewusster treffen. Die Berufsalternative Selbstständigkeit muss dabei einen wichtigen Stellenwert einnehmen.

Standards definieren

Für die Berufs- und Bildungsberatung müssen Standards definiert werden, die auch periodisch durch externe Stellen evaluiert werden können. Nur so kann eine bedarfsgerechte Vermittlung in die aktuelle Arbeitswelt garantiert werden.

Berufs- und Bildungsberatung für Erwachsene ausbauen

Lebensbegleitendes Lernen bedeutet, sich stetig über Chancen am Arbeits- und Bildungsmarkt informieren zu können. Die Mittel aus dem von uns geforderten Bildungskonto sollen auch für Leistungen der Beratung und insbesondere für Potenzialanalysen verwendet werden können.

5 | LEHRE: ÜBUNG MACHT DEN (WELT)MEISTER

Dank der dualen Lehrlingsausbildung verfügt Österreich über eine große Anzahl an hervorragenden und praxisnah qualifizierten Fachkräften. Gerade deswegen kann Österreich mit seinen Wirtschaftsleistungen und der geringen Jugendarbeitslosigkeit im internationalen Vergleich sehr gut punkten. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl haben wir mehr Weltmeister bei Berufsweltmeisterschaften als jedes andere Land! Der Lehrabschluss ist nach wie vor die häufigste Basis für Unternehmertum und leitende Positionen. 39 % aller Leitungspositionen in der Wirtschaft sind mit Lehrabsolventen besetzt.

Damit die Erfolgsgeschichte weitergeschrieben werden kann, muss sich die duale Lehrlingsausbildung den Herausforderungen der Zukunft stellen. Im Interesse des Standortes und seiner Klein- und Mittelbetriebe muss sie an neue Anforderungen angepasst werden. Zusätzlich muss das Image der dualen Berufsausbildung aufgewertet werden.

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Duale Bildung fit für die Zukunft machen

Die hervorragenden Karrieremöglichkeiten mit der Lehrlingsausbildung sind vielen Jugendlichen auf Grund mangelnder Bildungs- und Berufsorientierung in den Pflichtschulen zu wenig bewusst. Dazu kommen die Konsequenzen der Bevölkerungsentwicklung: Die Zahl der Jugendlichen wird in Zukunft dramatisch sinken – und es beginnt ein harter Konkurrenzkampf um geeignete Bewerber. Um die duale Bildung fit für die Zukunft zu machen, ist es unbedingt notwendig, verstärkt begabte Jugendliche für eine Lehrlingsausbildung zu gewinnen.

Konsequenzen des wirtschaftlichen Wandels beachten

Auch der wirtschaftliche Strukturwandel wirkt sich auf die Lehrlingsausbildung aus: In vielen klassischen Lehrlingsbranchen sinkt die Beschäftigung. Mit der Etablierung von neuen Lehrberufen in Dienstleistungsbereichen wird die zahlenmäßige Abnahme nicht vollständig kompensiert.

UNSERE POSITIONEN

Duale Ausbildung im Bildungssystem stärker positionieren

Eine Reform der 9. Schulstufe soll für bessere und reibungsfreie Übergänge in weiterführende Allgemein- und Berufsbildungsangebote sorgen. Durch verbesserte Durchlässigkeit des Bildungssystems sollen Lehrlinge und Lehrabsolventen gleiche Chancen wie Schüler und Schulabsolventen haben.

Das erfolgreiche duale Ausbildungsprinzip soll auf allen Ebenen des berufsbildenden Systems Anwendung finden. Bislang wird der Begriff der „dualen Ausbildung“ ausschließlich mit der Lehrlingsausbildung verbunden, somit mit einer mittleren Fachkräfteausbildung, deren einzige Zugangsvoraussetzung in der absolvierten Schulpflicht besteht.

Durch die neuen Möglichkeiten der Förderung der Kombination von Lehre und Berufsreifeprüfung ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer dualen Lehrausbildung mit Reifeprüfungsabschluss getan. Sinnvoll ist auch die weitere Verbreitung des Modells der Verbindung von Lehre und HTL (Kremstal Akademie). Ein weiterer Schritt soll in der Entwicklung dualer Fachhochschul- und Hochschulstudiengänge bestehen. Generell soll es für Lehrabsolventen mehr Angebote auf Hochschulebene und eine erhöhte Durchlässigkeit in hochschulische Ausbildungen geben.

Ausbildungsbetriebe durch Qualitätsmanagement und Förderungen stärken

Um trotz der sinkenden Zahl der Jugendlichen bestehen zu können, müssen die Ausbildungsbetriebe in Zukunft verstärkt in der Lage sein, Bewerber durch sichtbare Ausbildungsqualität zu überzeugen. Es ist eine äußerst wichtige Aufgabe der zuständigen Ministerien und der Sozialpartner, die Ausbildungsbetriebe dabei zu unterstützen. Wesentliche Maßnahmen sind dabei qualitätsbezogene Förderungen und Hilfestellungen durch Beratung und Infrastruktur.

Die Finanzierung der gut eingeführten Lehrbetriebsförderungen muss weiterhin sichergestellt, die Förderungen selbst laufend weiterentwickelt werden.

Ausbildung für alle sichern

Die Ausbildungsgarantie der Bundesregierung ist ein wichtiger Schritt, um für alle Jugendliche ein Ausbildungsangebot sicherzustellen. Die Umsetzung dieser Ausbildungsgarantie durch überbetriebliche Lehrausbildungen im Auftrag des AMS weist allerdings bedeutende Schwächen auf. Durch die große Zahl an überbetrieblichen Ausbildungen – verbunden mit Praktika in Betrieben – wird letztlich die Lehrlingsausbildung ausgehöhlt. Für Betriebe könnte die Möglichkeit, solche Jugendliche in Praktika ohne Lohnkosten und ohne Risiko auszubilden und zu beschäftigen, zunehmend eine Alternative zur Lehrlingsausbildung werden. Viele Jugendliche erfüllen nicht die Einstiegsvoraussetzungen in eine Fachkräfteausbildung. Auch unterhalb des Fachkräfteniveaus ist es deshalb unbedingt erforderlich, gute und arbeitsmarktnahe Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten. Die integrative Berufsausbildung ist in diesem Zusammenhang als erster Schritt in die richtige Richtung zu werten.

Duales Prinzip auch für Erwachsene etablieren

Auf Grund der demografischen Entwicklung und des wirtschaftlichen Wandels ist es dringend notwendig, Erwachsene nachzuqualifizieren und umzuschulen. Das duale Prinzip soll daher auch im Rahmen der Nachqualifikation und Umschulung von Erwachsenen und in Form dualer Weiterbildungen Anwendung finden. Dafür sind spezielle rechtliche Rahmenbedingungen erforderlich.

UNSERE FORDERUNGEN

Den vollen Wert der dualen Ausbildung anerkennen

Die Lehrlingsausbildung muss als gleichwertige Alternative zu vergleichbaren vollschulischen Angeboten im Bildungssystem eingestuft werden. Dazu gehört auch, dass Anrechnungen von Ausbildungszeiten in beide Richtungen funktionieren müssen. Eine erhöhte Durchlässigkeit soll eine reibungslose Fortsetzung der Bildungskarriere ermöglichen. Um keine ungerechtfertigte Benachteiligung im europäischen Vergleich und bei der Zuordnung zum Europäischen Qualifikationsrahmen entstehen zu lassen, ist jedenfalls eine entsprechende Einstufung auf Fachkräfteniveau erforderlich.

Besondere duale Angebote für Begabte schaffen

Das erfolgreiche Modell für Lehre und Matura soll weiter ausgebaut werden. Ziel ist, dass die Lehrlingsausbildung von allen Schülern als Möglichkeit für eine maturaführende Ausbildung wahrgenommen wird. Darüber hinaus sollen weitere Möglichkeiten für die Verbindung von Lehre und BHS geschaffen werden und duale hochschulische Bildungsgänge eingerichtet werden.

Ausbildungsordnungen schlanker machen

Qualität der Ausbildung beginnt mit den Ausbildungsordnungen. Die Berufsbilder sind oft veraltet, überfrachtet und vor allem die alten Berufsbilder nicht nach pädagogisch-didaktischen Kriterien aufgebaut. In Zukunft sollte sich die Regelung der Ausbildungen auf die Lernergebnisse konzentrieren. Statt vieler Details, die schnell veralten, sollte Qualität und Effizienz der Formulierungen bei den Lernzielen im Vordergrund stehen.

Modularisierung weiter vorantreiben

Mit Hilfe der Modularisierung von Lehrberufen ist es in einigen Bereichen gelungen, die Lehrberufslandschaft übersichtlicher zu gestalten und Impulse für die Formulierung zeitgemäßer Ausbildungsordnungen zu geben. Die Modularisierung soll konsequent für alle Berufsbereiche weiter vorangetrieben werden, in welchen sinnvolle Modulstrukturen möglich sind.

Mobilität stärken

Trotz Mobilitätsprämie des AMS sind Lehrstellenbewerber in Österreich zu wenig mobil. Derzeit ist es beispielsweise leichter, für offene Lehrstellen in Tirol deutsche Bewerber zu finden, als österreichische. Hier sind zusätzliche Beratung und Betreuung erforderlich. Wichtig ist auch die Stärkung der internationalen Mobilität unserer Lehrlinge und Lehrabsolventen durch volle Nutzung der europäischen Mobilitätsprogramme und ergänzende Finanzierung von Projekten durch die zuständigen Ministerien.

Angebote für einfache arbeitsmarktnahe Ausbildungen schaffen

Auch unterhalb des Fachkräfteniveaus ist es unbedingt erforderlich, gute und arbeitsmarktnahe Ausbildungsmöglichkeiten anzubieten. Das AMS muss deutlich von Aufgaben im Bereich der Erstausbildung von Jugendlichen entlastet werden. Es kann kein Dauerzustand sein, dass die Erfüllung der Ausbildungsgarantie vom Bildungssystem dem AMS zugeschoben wird.

Rahmen flexibilisieren

Der Rahmen für duale Ausbildungen soll erweitert und flexibilisiert werden (z.B. durch Ermöglichung verschiedener Organisationsformen, verschiedener Berufsschulanteile, eigener Formen für die Nachqualifizierung und Umschulung Erwachsener). Wesentlich ist dabei eine Garantie der erforderlichen betrieblichen Ausbildungszeit.

Schwerpunktberufsschulen einrichten

Für Lehrberufe, welche eine geringe Lehrlingszahl aufweisen, soll es zu einer Konzentration der Berufsschulstandorte kommen bei gleichzeitiger Aufhebung der gesetzlich vorgeschriebenen Sprengel. Aufgrund der Standortkonzentration können die Berufsschulen besser technisch ausgestattet werden.

Da die Berufschullehrer nicht so ein großes Spektrum an Gegenständen abdecken müssen, können sie fachbezogen wesentlich besser aus- und weitergebildet werden.

Berufsweltmeisterschaften und Berufseuropameisterschaften nach Österreich holen

Die Teilnahme an WorldSkills und EuroSkills soll mit Unterstützung durch die Bundesregierung auf hohem Niveau fortgesetzt werden. Dazu ist eine professionelle Durchführung und Auswahl der Bewerber in den nationalen Wettbewerben erforderlich. Zur weiteren Stärkung des Images der Lehrlingsausbildung soll langfristig eine Bewerbung um die Durchführung eines der beiden Bewerbe in Österreich angestrebt werden. Ein solches Fest der Berufsbildung soll unter dem Motto „Exzellenz sichtbar machen" wertvolle Impulse für die Berufsbildung geben.

6 | HOCHSCHULEN: AM PULS DER ZEIT

Noch mehr als bisher spielen unsere Hochschulen für die Zukunft des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Österreich eine Schlüsselrolle. Deshalb braucht Österreich ein Hochschulsystem, das sich vermehrt den Anforderungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt stellt und gleichzeitig den Erfordernissen eines zeitgemäßen Wissenschaftsbetriebs entspricht.

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Mehr Studenten sind ein wichtiges Potenzial für Hochschulen und Arbeitsmarkt

Die Hochschulexpansion der vergangenen Jahrzehnte hat zu markanten Veränderungen in den Unternehmen geführt. So hat sich die Zahl der Erwerbspersonen mit Hochschulabschluss im Produktionsbereich von 1991 bis 2008 mehr als verdoppelt (plus 32.000 Personen); vergleichbar hoch ist auch das relative Wachstum im Bereich der unternehmensbezogenen Dienstleistungen mit einem absoluten Zuwachs von sogar 93.200 Personen.

Diese Entwicklung wird sich mittelfristig fortsetzen, wobei hinsichtlich wirtschaftlicher Relevanz die technischen FH-Studien gefolgt von den Technischen Universitäten klar vorne liegen. Es folgen die Fachrichtung Wirtschaft an den Fachhochschulen sowie die Gruppe der wirtschaftswissenschaftlichen Universitätsstudien.

Zu wenig „MINT": Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften Technik

Eine Nachfrageorientierung im Sinne von Akzeptanz und Bedarf muss auch im Bereich der Universitäten stärker Eingang finden. Dabei kann das Fachhochschulwesen, in dem dieser Aspekt bereits gut verwirklicht ist, als Vorbild dienen.

Überholte Hochschulkonzepte

Angesichts der auch in Zukunft weiter wachsenden Bedeutung der Hochschulen für die Berufs- aus- und Weiterbildung benötigen wir ein wesentlich breiteres Angebot verschiedenartiger Studien. Dabei geht es einerseits um zeitgemäße fachliche Ausrichtungen, die den Erfordernissen einer zeitgemäßen Berufswelt und eines innovativen Wissenschaftsbetriebs entsprechen. Andererseits benötigen wir Studienangebote, die das Spektrum beruflicher Möglichkeiten von der wissenschaftlichen Nachwuchsrekrutierung bis zur Aus- und Weiterbildung bei der beruflichen Anwendung diverser wissenschaftlicher Verfahren abdecken. Hierzu benötigen wir klar erkennbare Aufgabenprofile für Universitäten, Fachhochschulen und andere Hochschuleinrichtungen sowie transparente Qualifikationsprofile bzw. Berufsbilder für die jeweils von ihnen angebotenen Studien.

Intransparente Studienkonzepte bewirken Verunsicherung bezüglich Aufgaben und Ziele der Hochschulen

Angesichts des in Österreich um 20 bis 30 Jahre verspätet eingesetzten alternativen Angebots zu Universitätsstudien ist weiterhin ein kontinuierliches Wachstum des Fachhochschulsektors ebenso erforderlich, wie Strukturbegradigungen hinsichtlich Universitätsstudien, die ihrem Wesen nach eher FH-Studien entsprechen.

UNSERE POSITIONEN

Hochschulexpansion muss wirtschaftlichem Bedarf entsprechen

Nach der „Agenda 2020" der EU werden in Zukunft europaweit 40 % eines Altersjahrgangs einen Abschluss auf Hochschulniveau erwerben. Klar ist, dass das österreichische Hochschulsystem in seiner derzeitigen Struktur diese Herausforderung nicht bewältigen wird. Dies betrifft nicht nur die Anzahl verfügbarer Studienplätze. Was vor allem fehlt, sind Studien, die Berufsaus- und Weiterbildung auf Hochschulniveau vermitteln und auch formal einen Hochschulabschluss darstellen. So entspräche etwa das Diplom einer österreichischen berufsbildenden höheren Schule faktisch bereits einem „Associate Degree", was aber politisch in Österreich bisher nicht durchsetzbar ist.
Eine Erhöhung der „Akademiker"quote durch ein simples „Mehr vom Gleichen" wird dem Bedarf der Wirtschaft nicht gerecht. Die Notwendigkeit einer real wirksamen Höherqualifizierung muss sich auch auf höhere betriebswirtschaftliche, technische und handwerkliche Berufsqualifizierungen erstrecken. Anders als in vielen anderen Ländern sind höhere Berufsausbildungen in Österreich bislang immer noch nicht als Hochschulniveau anerkannt. Es bedarf daher eines zusätzlichen Impulses im Bereich jener Studienanbieter, die bereits jetzt erfolgreich Programme auf Hochschulniveau anbieten, denen jedoch bislang die Zuerkennung eines eigenen Hochschulstatus verwehrt wurde.

Berufsaus- und Weiterbildung auf Hochschulebene: Andersartig aber gleichwertig

In vielen Ländern haben sich im Zuge der Hochschulexpansion der vergangenen Jahrzehnte Alternativen zu den klassischen Universitäten herausgebildet. Diese bieten einen besonderen Typ von Hochschulstudien an, der der wissenschaftlich fundierten Berufsausbildung auf Spitzenniveau zuzuordnen ist. Als in Österreich mit jahrzehntelanger Verspätung der Fachhochschulsektor etabliert wurde, sah sich dieser genötigt, lediglich jene Studienangebote aufzugreifen, die noch nicht Gegenstand berufs- und anwendungsorientierter Universitätsstudien geworden waren.

Dies führte sehr schnell zu Bestrebungen, auch Fachhochschulstudien mit demselben Verständnis wie Universitätsstudien zu versehen. Diesem Selbstverständnis folgend gelten in Österreich derzeit alle ordentlichen Hochschulstudien als „akademisch" bzw. „wissenschaftlich" und nicht als Berufsausbildung im Sinne der Erfordernisse des Arbeitsmarktes. Lediglich außerordentliche Studien, wie beispielsweise die Universitätslehrgänge oder die Kollegs als Sonderformen der berufsbildenden höheren Schulen werden als „berufsbildend" bzw. „berufsqualifizierend" ausgewiesen. Aufgrund dieser unbefriedigenden Situation vertreten wir die Auffassung, dass eine Stärkung der Berufsbildung auf tertiärer Ebene insbesondere mit dem Ziel einer Verankerung berufsaus- und weiterbildender Studienangebote dringend erforderlich ist. Überdies zeigt sich, dass duale Studienprogramme entsprechend den beispielsweise in Deutschland erfolgreich praktizierten Modellen auch ein großes Interesse in Österreich finden.

Hochschulen als Player in der Weiterbildungslandschaft verankern

Hochschulen sollen künftig eine aktive Rolle in der beruflichen Weiterbildung spielen. Entsprechende Studien müssen an die Erfordernisse und Bedürfnisse nicht traditioneller Zielgruppen (z.B. Studieninteressenten ohne Studienberechtigung und berufstätige Studierende) angepasst werden.

Studiengebühren wieder einführen

Auch wenn auf politischer Ebene die durchgehende Wiedereinführung von Studienbeiträgen mittelfristig ausgeschlossen scheint, bekennen wir uns zu Studiengebühren. Flankierend ist im Wege der Weiterentwicklung des Stipendienwesens sicherzustellen, dass nach Maßgabe der sozialen Bedürftigkeit, fachlicher Eignung und Studienerfolg der Zugang zu Hochschulstudien gesichert ist.

Exzellenz in Wissenschaft und Forschung ermöglichen

Die Leistungen des Hochschulsystems in Wissenschaft und Forschung sind durchaus entwicklungsfähig, doch bedarf es trotz aller Versuche verschiedenster Akteure immer noch einer kohärenten Exzellenzstrategie, in der sämtliche Aktivitäten zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung bis zur angewandten und experimentellen Entwicklung auf Bundes- und Landesebene abgestimmt und koordiniert sind.

UNSERE FORDERUNGEN

Bachelor als Regelstudium außer Frage stellen

Österreich braucht eine gestufte Studienstruktur, mit einem klaren Bekenntnis zum Bachelor als berufsqualifizierendem Erstabschluss und deutlich erkennbaren Bezügen zu den Anforderungen des Arbeitsmarktes. Der Bachelor-Anteil an hochschulischen Erstabschlüssen sollte bis 2015 bei 100 % im Fachhochschulwesen und bei über 75 % bei den wissenschaftlichen Universitäten liegen.

Studienangebote effizienter gestalten

Angaben über Zeitbedarf und Anforderungen von Hochschulstudien müssen eine verlässliche Einschätzung der Studiendauer und der Erfolgswahrscheinlichkeit zulassen: Die vorgesehene Regelstudiendauer muss realistischerweise erreichbar sein und die Wahrscheinlichkeit eines Studienabbruchs verringert werden.

Gerade im Hinblick auf die Studierbarkeit müssen alle Curricula einer kritischen Revision unterzogen werden, bei der insbesondere die Gültigkeit und Zweckrichtung der Qualifikationsprofile sowie die Nachvollziehbarkeit der ECTS-Berechnungen überprüft werden sollen.

Studienkontingente als Voraussetzung für Output-orientierte Uni-Finanzierung festlegen

Universitäten, die für ihre Bachelor- und Masterstudien im Einvernehmen mit den Erfordernissen des Arbeitsmarktes Studienplatzkontingente festlegen und Zulassungsverfahren definieren, sollen berechtigt sein, eine Studienplatzfinanzierung für die angestrebte Zahl der Hochschulabsolventen beim bm:wf zu beantragen.

Bedarfsorientierten Zugang zu Studienangeboten ermöglichen

Bei jeder Einführung von Zugangsregulierungen muss auch der Bedarf von Wirtschaft und Gesellschaft in angemessener Weise dadurch berücksichtigt werden, dass die für die Beschäftigung der Hochschulabsolventen maßgeblichen Interessenvertreter in das Verfahren eingebunden werden.

Angebote für Erwerbstätige entwickeln

Wir erwarten uns, dass an jeder wissenschaftlichen Universität zumindest zwei ordentliche Studien auf Bachelor- bzw. Masterebene für Berufstätige nach dem Muster der FH-Studien angeboten werden.

Berufs- und Wirtschaftsorientierung stärken

Bachelorstudien sind als berufsqualifizierende Studien einzurichten. Sie sollen klare Bezüge zu beruflichen Aufgaben in der Wirtschaft aufweisen. Die weiterführenden Studien (Master- bzw. Doktoratsstudium) sollen entweder die erworbene Anwendungsorientierung fortführen oder als wissenschafts- bzw. forschungszentrierte Programme geführt werden. Insbesondere im Bereich der wirtschaftsnahen Studienrichtungen sind dem arbeitsmarktseitigen Bedarf entsprechend durchlässige Programmstrukturen bis zur Erreichung des Mastergrades bzw. des Diplomingenieurs zu gewährleisten.

Neue Medien forcieren

Vor allem bei weiterführenden Studienangeboten und in der hochschulischen Weiterbildung sind berufsbegleitende Studienangebote und der Einsatz neuer Medien in der Lehre (Fernstudien) zu forcieren.

Anrechnung extern erworbener Kompetenzen akzeptieren

Die Anerkennung von Studierleistungen und Kompetenzen, die außerhalb des klassischen Hochschulsystems erworben wurden, ist zu gewährleisten. Dabei sind vermehrt nicht-hochschulische Studienanbieter als „anerkannte postsekundäre Bildungseinrichtungen" zu zertifizieren bzw. nach Maßgabe eines festzulegenden Verfahrens im Bereich der Privatuniversitäten als sogenannte „Private Akademische Institute" zuzulassen.

Arbeitsmarktrelevanz als Leistungskriterium

Sowohl bei den Leistungsvereinbarungen der Universitäten als auch bei der Evaluation hochschulischer Leistungen müssen die Effizienz von Studienangeboten (Studierbarkeit) und deren Arbeitsmarktrelevanz eine Rolle spielen. In diesem Zusammenhang ist auch besonderen Leistungen im Bereich der Lehre ebenso breiter Raum zu geben, wie jenen im Bereich der Forschung.

Lehrerbildung an den praktischen Anforderungen der Schulabsolventen ausrichten

Die Umgestaltung der Pädagogischen Hochschulen bietet die Chance einer stärkeren Bezugnahme der lehrerbildenden Curricula auf die schul- und berufspraktischen Herausforderungen der Schüler bzw. der Schulabsolventen, denen sie sich in ihrer schulischen und beruflichen Weiterentwicklung zu stellen haben. Zentrales Anliegen ist die Befähigung zur aktiven, kreativen und erfolgreichen Gestaltung der eigenen Berufslaufbahn.

Leistungsvereinbarungen weiterhin auch an der Zahl von Studienplätzen festmachen

Die Leistungsvereinbarungen zwischen jeder einzelnen Universität und dem Bund bilden die Grundlage für die Zuerkennung des Hochschulbudgets. Dabei ist es Aufgabe des Bundes, in bestimmten Studienrichtungen eine ausreichende Zahl von Hochschulabsolventen zu gewährleisten, indem finanzielle Zuwendungen pro Studienplatz sichergestellt werden (vgl. „Normkostenmodell" im Fachhochschulwesen).

Attraktive steuerliche Anreize für Hochschul-Sponsoring schaffen

Zuwendungen von Unternehmen für Forschung und Lehre müssen in steuerrechtlicher Hinsicht attraktiver gemacht werden. Wir fordern die Schaffung eines Freibetrages in der Höhe von 25 % für Zuwendungen an Forschungs- und Lehreinrichtungen in der Unternehmensbesteuerung sowie eine attraktive Regelung für neu zu schaffende Hochschulstiftungen.

Rat für Qualitätssicherung und Hochschulentwicklung etablieren

Die Einrichtung eines Rates für Hochschulentwicklung unter maßgeblicher Beteiligung der Wirtschaft soll eine koordinierte, bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Studienangebote aller Hochschuleinrichtungen gewährleisten. Wir befürworten in diesem Zusammenhang grundsätzlich die bereits vom bm:wf eingeleitete Initiative zur Weiterentwicklung der Qualitätssicherung im gesamten Hochschulbereich.

7 | WEITERBILDUNG. AM BALL BLEIBEN.

DIE HERAUSFORDERUNGEN

Die Kombination aus einer älter werdenden Erwerbsbevölkerung und wirtschaftlichem Strukturwandel birgt Sprengkraft. Unternehmen und andere Arbeitgeber können ihren Qualifikationsbedarf immer weniger durch junge Menschen, also Absolventen von Schule, Lehre und Hochschule abdecken. Wir stehen vor einer Qualifikationsherausforderung, die nur durch eine Aufwertung der Weiterbildung gelöst werden kann. In der österreichischen Bildungspolitik und vor allem der Bildungsfinanzierung kommt der Weiterbildung aber nicht jene Bedeutung zu, die sie angesichts der Herausforderungen haben sollte. Der Großteil der Weiterbildungskosten wird privat getragen. Ohne Hinzurechnung der AMS-Mittel betragen die öffentlichen Investitionen in Weiterbildung unter 3 % der Gesamtausgaben für Bildung! Zusätzlich ist die Förderungslandschaft für Weiterbildung von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich, zersplittert und wenig übersichtlich.

UNSERE POSITIONEN

Bewusstseins- und Kulturwandel einleiten

Es muss gelingen, Bildung als lebenslangen Prozess zu verankern. Nur so können wir in einer wissens- und innovationsgetriebenen Wirtschaftswelt wettbewerbsfähig bleiben. Weiterbildung wird damit zu einer wesentlichen Komponente der Wirtschafts- und Standortpolitik. Dafür bedarf es eines umfassenden Bewusstseins- und Kulturwandels. Weiterbildung und Lernen müssen als etwas Notwendiges und Selbstverständliches wahrgenommen werden. Entscheidend ist, das verbreitete Anspruchsdenken zu überwinden. Ein Fokus auf Weiterbildungsrechte und Ansprüche aufgrund durchlaufener Weiterbildung sind kontraproduktiv und stehen der Notwendigkeit eines umfassenden Aufbruchs im Wege.

Die vielfältige Weiterbildungslandschaft als Stärke begreifen

Das Nebeneinander von öffentlichen, gemeinnützigen und gewinnorientierten Anbietern und die daraus resultierenden Marktprozesse sind eine besondere Stärke der österreichischen Weiterbildung. Der Wettbewerb zwischen den Anbietern stellt eine hohe Bedarfsorientierung und Reaktionsfähigkeit des Angebots an sich rasch ändernde Anforderungen der Wirtschaft und der Individuen sicher.

Die Weiterbildung fördern

Sowohl für Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer sind Bildungsaufwendungen Zukunftsinvestitionen zur nachhaltigen Sicherung und Weiterentwicklung erreichter Positionen. Trotz sehr hoher Ausgaben durch Unternehmen und Individuen müssen wir von Unterinvestitionen in Weiterbildung ausgehen. Die Gründe dafür liegen insbesondere in unvollständigen Informationen sowie einer Unsicherheit hinsichtlich einer Nutzenrealisierung im konkreten Individualfall. Um diese strukturelle Unterinvestition langfristig auszugleichen, bedarf es einer aktiven Politik zur Förderung der Weiterbildung, eingebettet in eine umfassende Strategie des Lebenslangen Lernens. Nur so kann es gelingen, die hohe Produktivität der Arbeit und das darauf beruhende hohe Lohnniveau in Österreich zu halten, Arbeitslosigkeit zu vermeiden und sozialer Exklusion aufgrund fehlender Basiskompetenzen vorzubeugen.

Bessere Rahmenbedingungen setzen

In der Weiterbildungspolitik bedarf es eines anderen Instrumentariums als in anderen Bereichen der Bildungspolitik, wo primär der Staat die Bildung bereitstellt, und/oder den Löwenanteil der Kosten übernimmt: Eine direkte Regulierung ist in der Weiterbildung weder möglich noch zielführend. Anstelle von detaillierten Vorgaben oder Vereinheitlichungsanstrengungen bedarf es einer politischen Kontextsteuerung, etwa via Steuergesetze oder Förderungen. Im Sinne einer höchstmöglichen Effizienz eingesetzter Mittel soll in der Weiterbildungspolitik daher folgendes Prinzip gelten:

So viel Regulierung wie notwendig und so viel Markt wie möglich

- Wir brauchen klare, bundesweit gleiche und in sich konsistente Prinzipien der Weiterbildungsfinanzierung durch die öffentliche Hand.

- Zentrales Element der Qualitätssicherung in der Weiterbildung ist der Wettbewerb zwischen den Anbietern.

- Öffentliche Förderungen sollen primär lernerzentriert (Subjektförderung) und so gestaltet sein, dass sie eine Hebelwirkung für weitere private Investitionen entwickeln.

- Zur Realisierung übergeordneter bildungspolitischer Interessen etwa im Bereich von Basiskenntnissen und zur Sicherung von Weiterbildungsangeboten, die sich einer Marktsteuerung entziehen, bedarf es weitergehender Interventionen: Subventionen („Objektförderung") an dafür in Frage kommende Bildungsanbieter, weitere öffentliche Förderungen für besondere Zielgruppen, Teilnahmeverpflichtungen etwa im Rahmen der Schulung von Arbeitslosen etc.

- Zur Schaffung der notwendigen Markttransparenz bedarf es eines Ausbaus der Berufsorientierung für Erwachsene.

UNSERE FORDERUNGEN

Bildungsfinanzierung: Entscheidend ist, was gelernt wird und nicht wo oder in welchem Alter

Alle Ausbildungen bis Maturaniveau, die im formalen Bildungswesen kostenfrei sind, sollen auch im Falle des Nachholens durch Erwachsene an Weiterbildungseinrichtungen kostenfrei sein. Weder das Alter der Lernenden noch die Rechtsform des Bildungsanbieters soll ein prinzipieller Ausschließungsgrund sein.

Hinsichtlich der Frage, ob die öffentliche Finanzierung durch Direktzahlungen an Bildungsanbieter („Objektförderung") oder durch individuelle Förderungen („Subjektförderung") erfolgt, sollen folgende Grundsätze gelten:

Direktsubventionen an Bildungsanbieter auf nicht-marktfähige Angebote beschränken

Dies betrifft vor allem die allgemeine Erwachsenenbildung und hier insbesondere den Bereich grundlegender Kulturtechniken. Unter Direktsubventionen fallen auch öffentlich finanzierte Personal- und Sachressourcen an Schulen und Hochschulen.

Subjektförderung in der Weiterbildung als Prinzip etablieren

Im Falle beruflicher Weiterbildungen soll eine gemeinsame Mittelaufbringung durch die Lernenden, Arbeitgeber und öffentlicher Hand die Regel sein. Ausgehend vom Status quo der Ressourcenaufbringung (Zeit, Infrastruktur, finanzielle Mittel) muss dies eine erhebliche Aufstockung der öffentlichen Mittel für Weiterbildung zur Folge haben. Zur Organisation der gemeinsamen Mittelaufbringung müssen folgende Schritte gesetzt werden:

Förderungen für weiterbildungsaktive Unternehmen verbessern

Die betriebliche Weiterbildung für Beschäftigte im Rahmen einer präventiven aktiven Arbeitsmarktpolitik muss weiterentwickelt und ausgebaut werden. Steueranreize für Weiterbildungsinvestitionen durch Unternehmen sollen nicht nur für unselbstständig Beschäftigte, sondern auch von Unternehmern selbst in Anspruch genommen werden können.

Die Basis für individuelle Bildungskonten schaffen

Als transparentes und attraktives Finanzierungsinstrument für Weiterbildung sollen individuelle Bildungskonten geschaffen werden. Auf einem Bildungskonto bei einer Bank oder einer Versicherung angesparte Mittel sollen mit einem staatlichen Zuschuss von mindestens 30 % prämiert werden. Einen ähnlichen Anreiz soll es auch für die Einzahlungen der Bundesländer auf die Bildungskonten ihrer Landesbür-

ger geben. Neben der Setzung von Anreizen für privates Bildungssparen und der damit verbundenen „Hebelwirkung" öffentlicher Aufwendungen ermöglichen die Bildungskonten eine Bündelung der zersplitterten und unübersichtlichen Förderungen auf Länderebene. Neben einer gesetzlichen Grundlage für die Bildungskonten sind Akkreditierungsstandards für Weiterbildungseinrichtungen notwendig, die Mittel aus den Bildungskonten entgegennehmen wollen.

Berufsorientierung für Erwachsene ermöglichen

Die über die individuellen Bildungskonten angesparten Mittel sollen auch für Angebote im Bereich der Berufs- und Bildungsberatung sowie Potenzialanalysen bei privaten und öffentlichen Anbietern verwendet werden können.

STICHWORTVERZEICHNIS

	Seite
AHS	22
Bildungskonto	10
Begabungsförderung (Individualisierungsoffensive)	23
Berufsorientierung	24, 26, 42
Berufsreifeprüfung	30
Berufswettbewerbe	18, 28, 31
Bologna-Prozess	36
Durchlässigkeit	15, 29, 37
EuroSkills	28, 31
Exzellenzstrategie in F&E	36
Frühförderung	6, 18, 19
HTL, HAK, HBLA, ... (Berufsbildendes Schulwesen)	22
Gesamtschule	25
Ganztagsschule, Nachmittagsbetreuung	25
Hochschulzulassung und Studienplatzkontingente	37
Internationalität	15, 25
Kinderbetreuung	25
Lebenslanges Lernen	11, 16
Lehrbetriebsförderungen	29, 30
Lehre und Matura	29
Modularisierung von Lehrberufen	30
„MINT“	23, 34
Nationaler Qualifikationsrahmen (NQR)	11, 29
Objektfinanzierung	41
Profilbildung an Österreichischen Universitäten	34
Studiengebühren	35
Subjektfinanzierung	41
Transparenz	15
Überbetriebliche Ausbildungen	30
Vorschule	18
Weiterbildung	35
WorldSkills	28, 31

LEITER DER ABTEILUNGEN FÜR BERUFSAUSBILDUNG BZW. LEHRLINGSSTELLEN DER WIRTSCHAFTSKAMMERN

WIRTSCHAFTSKAMMER	ABTEILUNGSLEITER	LEHRLINGSSTELLENLEITER
WK BURGENLAND Referat Berufsausbildung Robert-Graf-Platz 1 7000 Eisenstadt	**Mag. Anton BUBITS** T: 05 90 907-4210 F: 05 90 907-4215 anton.bubits@wkbgld.at	**Dr. Sigrid PRATTINGER** T: 05 90 907-4410 F: 05 90 907-5414 sigrid.prattinger@wkbgld.at
WK KÄRNTEN Abteilung für Berufsausbildung Koschutastraße 3 9020 Klagenfurt	**Mag. Monika WINNAR** T: 05 90 904-850 F: 05 90 904-854 monika.winnar@wkk.or.at	
WK NIEDERÖSTERREICH Abteilung Bildung Landsbergerstraße 1 3100 St. Pölten	**Mag. Reinhard WINTER** T: (02742) 851-17501 F: (02742) 851-17599 reinhard.winter@wknoe.at, berufsausbildung@wknoe.at	
WK OBERÖSTERREICH Abteilung Bildungspolitik Wiener Straße 150 4024 Linz	**Mag. Harald WOLFSLEHNER** T: 05 7000-7000 F: 05 7000-7009 harald.wolfslehner@wifi-ooe.at	**Dr. Herwig SIEGL** T: 05 90 909-4000 F: 05 90 909-4009 herwig.siegl@wkooe.at
WK SALZBURG Abteilung für Bildungspolitik Faberstraße 18 5027 Salzburg	**Mag. Rudolf EIDENHAMMER** T: (0662) 8888-318 F: (0662) 8888-562 reidenhammer@wks.at	
WK STEIERMARK Bildungspolitische Abteilung Körblergasse 111-113 8021 Graz	**Mag. Peter HOCHEGGER** T: (0316) 601-327 F: (0316) 601-700 peter.hochegger@wkstmk.at	**Dr. Gottfried KRAINER** T: (0316) 601-352 F: (0316) 601-402 gottfried.krainer@wkstmk.at
WK TIROL Bildungsabteilung Egger-Lienz-Straße 116 6021 Innsbruck	**Dr. Johannes HUBER** T: 05 90 905-7301 F: 05 90 905-7315 johannes.huber@wktirol.at	
WK VORARLBERG Abteilung für Berufsausbildung, Lehrlingsstelle WIFI Campus, Trakt B Bahnhofstraße 24, 6850 Dornbirn	**Dr. Peter KIRCHER** T: (05522) 3893-484 F: (05522) 3894-118 kircher.peter@wkv.at	
WK WIEN Abteilung für Bildungspolitik und Berufsausbildung Rudolf-Sallinger-Platz 1 1030 Wien	**Mag. Erich HUBER** T: (01) 51450-2413 F: (01) 51450-2469 erich.huber@wkw.at	
WK Österreich Abteilung für Bildungspolitik Wiedner Hauptstraße 63 1045 Wien	**Dr. Michael Landertshammer** T: 05 90 900-3573 michael.landertshammer@wko.at	

WIRTSCHAFTSKAMMER ÖSTERREICH